



DR. ANDREAS SCHOCKENHOFF MdB

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Einsatz in Afghanistan

Fragen und Antworten

>>> Stichwort: Afghanistan

Afghanistan:

32 Mio. Einwohner, 652.225 km² Fläche; Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: 350 USD (2008). Seit 2002 insgesamt ca. 15 Mrd. USD Wiederaufbauhilfe aus dem Ausland erhalten (insg. 25 Mrd. USD waren versprochen worden).

ISAF:

International Security Assistance Force, Stabilisierungseinsatz durch internationale Sicherheitsbeistandstruppe, 61.130 Soldaten (nach der inzwischen begonnenen US-Erhöhung dann 70.000) aus 42 Nationen.

Deutschland ist drittgrößter Truppensteller, das (deutsche) Regionalkommando Nord erstreckt sich auf rund ein Viertel der Landesfläche.

OEF:

Die „Operation Enduring Freedom“ dient der umfassenden Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Deutschland beteiligt sich mit Marine-Einheiten am Horn von Afrika. In Afghanistan sind unsere Soldaten nur im Rahmen von ISAF engagiert.

Bundeswehr:

Seit 2001 in Afghanistan; aktuelles Mandat vom 17.10.08 (Ende: 13.12.09) sieht Obergrenze von 4500 Soldaten vor; derzeit 3772 eingesetzt. Letzter Todesfall durch Feindeinwirkung am 23.06.09, damit insgesamt 35 deutsche Soldaten in Afghanistan gefallen.

Deutsche Wiederaufbauhilfe:

Insg. 1,2 Mrd. € (2002-10), damit drittgrößter bilateraler Geber (nach USA und Japan). Schwerpunkte sind Energie, Trinkwasserversorgung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Bildung.

>>> „Warum sind wir in Afghanistan?“

Der ISAF-Einsatz wurde vom UNO-Sicherheitsrat am 20.12.01 einstimmig als Reaktion auf die Anschläge des 11. September beschlossen; zwei Tage später beschloss der Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit (538:35:8) das Mandat zur deutschen Beteiligung an ISAF. Bereits im November 2001 fand die erste Afghanistan-Wiederaufbau-Konferenz auf dem Bonner Petersberg statt.

- Die **Sicherheit und Stabilität Afghanistans** wirken sich unmittelbar auf uns aus: Afghanistan darf nicht wieder zu einem gescheiterten Staat werden, von dem aus Terroristen gegen uns agieren können.
- Der ISAF-Einsatz ist die Reaktion auf die Anschläge des 11. September: Die Al-Qaida-Terroristen konnten diese durchführen, weil sie durch die radikal-islamische Gewaltherrschaft der Taliban geschützt und gefördert wurden.
- Taliban und Al-Qaida sind in Afghanistan weiter aktiv, vor allem im Süden und in der Grenzregion zu Pakistan. Sie planen weitere Anschläge gegen den Westen.
- Der ISAF-Einsatz dient unserem Schutz. Der Prozess gegen die sogenannte „Sauerland“-Gruppe zeigt: Es gibt direkte Verbindungen zwischen Al-Qaida/Taliban und Terroristen in Deutschland und damit eine unmittelbare Gefahr für unsere Sicherheit.
- Die Terroristen von Al-Qaida und Taliban sind nicht irregeleitete Idealisten, die durch Dialog von ihrem Weg abgebracht werden könnten. Sie sind entschlossene Fanatiker, die wieder ihre Gewaltherrschaft errichten wollen.
- Ein einseitiger Rückzug der Bundeswehr, wie die Linke ihn fordert, würde nur den Terroristen in die Hände spielen. Er würde die Gefahr für Deutschland nicht verringern, sondern im Gegenteil: Die Terroristen würden sich dadurch nur ermutigt fühlen, Anschläge gegen unser Land durchzuführen.
- Ein einseitiger Rückzug würde auch den ISAF-Einsatz untergraben. Damit würden wir unsere NATO-Partner, die mit ihrem Einsatz auch zu unserer Sicherheit beitragen, im Stich lassen.
- Nur wenn Afghanistan stabiler wird und die Menschen dort vom Wiederaufbau des Landes profitieren können, wird die afghanische Regierung sich gegen die Terroristen durchsetzen können. Der Bundeswehreinsatz und die Wiederaufbauhilfe dienen deshalb auch unseren Sicherheitsinteressen.

>>> „Wie lange bleiben wir noch in Afghanistan?“

ARD Deutschland-Trend, April 2009, 1000 Befragte: 64% sagen, die Bundeswehr solle sich „möglichst schnell“ aus Afghanistan abziehen; 32% sagen, sie solle stationiert bleiben. Andererseits beurteilen 72% der Afghanen im Nordwesten (deutsches Regionalkommando) die Rolle der NATO als positiv, und nur 4% wollen eine Rückkehr der Taliban-Herrschaft.

- **Der ISAF-Einsatz kann beendet werden, wenn die afghanische Regierung die Sicherheit und Stabilität im eigenen Land garantieren kann. Dann wird von dort aus auch für uns keine Gefahr mehr ausgehen. Dies ist das Ziel des Einsatzes.**
- **Je schneller dieses Ziel mit unserer Hilfe erreicht wird, desto eher kann der militärische Einsatz beendet werden. Deshalb haben wir:**
 - die Ausbildung von afghanischen Soldaten verdreifacht,
 - den Aufbau der Polizei Afghanistans intensiviert,
 - die internationale Wiederaufbauhilfe noch besser koordiniert.
- **Es geht um unsere Sicherheit: Die Bedrohung durch radikal-islamische Gruppen besteht weiter. Jetzt abzuziehen, würde eine Gefahr für unsere Sicherheit bedeuten.**
- **Die ISAF-Soldaten stabilisieren die Lage: Sie schützen zivile Helfer und ermöglichen so den zivilen Wiederaufbau. Ein Wiederaufbau des zerstörten Landes wäre ohne diesen militärischen Schutz nicht möglich.**
- **Wir dürfen das Erreichte nicht verspielen: Unsere Soldaten und Entwicklungshelfer haben in den letzten Jahren Großes geleistet und viel erreicht. Das müssen wir nun sichern und ausbauen – sonst wären die Anstrengungen und die schmerzlichen Opfer umsonst gewesen.**
- **Wir haben eine Verantwortung gegenüber Afghanistan: Wir haben den Menschen in Afghanistan zugesagt, sie beim Wiederaufbau ihres Landes zu unterstützen. Alleine schaffen sie dies nicht.**

>>> „Wie wollen wir den Einsatz in Afghanistan zum Erfolg führen?“

Präsident Obama hat die Erhöhung der amerikanischen Truppenpräsenz um 17.000 Mann auf mehr als 50.000 angekündigt, sowie 4000 zusätzliche Ausbilder für Polizei und Militär. Die USA erheben keine Forderungen nach mehr deutschen Soldaten oder nach Aufhebung der Regionalvorbehalte (Einsatz der Bundeswehr grundsätzlich nur im Norden). Zugleich sind die USA um die Unterscheidung zwischen „radikalen“ und „gemäßigten“ Taliban bemüht (Clinton: Widerstand aus Überzeugung vs. Widerstand aus Verzweiflung). Dahinter steht die Ansicht, auch aus den Erfahrungen im Irak, dass Widerstand nicht alleine militärisch zu besiegen ist, und die „Versöhnung mit früheren Gegnern“ nötig ist (Obama). Beim NATO-Gipfeltreffen am 03./04.04.09 bestand Einigkeit über den ISAF-Einsatz. Dabei wurde die Bedeutung des zivilen Wiederaufbaus betont mit dem Schwerpunkt Landwirtschaft, aus dem ein Großteil der Bevölkerung sein Einkommen bezieht.

- **Der Afghanistan-Einsatz wird erfolgreich sein, wenn wir Ausdauer, Entschlossenheit und Realismus beweisen. Afghanistan kann so ein Land werden, das auf eigenen Beinen steht.**
- **Sicherheit und Wiederaufbau sind zwei Seiten einer Medaille: Keine Sicherheit ohne Wiederaufbau und kein Wiederaufbau ohne Sicherheit.**
- **Der Einsatz der NATO folgt vier Leitprinzipien:**
 - **Langfristiges Engagement: Wir brauchen Ausdauer. Wenn wir jetzt schon ein Abzugsdatum festlegen, spielen wir den Terroristen in die Hände.**
 - **Afghanische Führungsrolle: Vorrang hat der Aufbau von Armee und Polizei, damit diese möglichst bald selbst für Sicherheit sorgen können. Bis 2011 sollen 134.000 Soldaten ausgebildet werden; bereits 84.000 erreicht. Ebenfalls bis 2011 soll es 82.000 neu ausgebildete Polizisten geben, bisher 24.000 erreicht. Daneben muss ein funktionierendes Justizwesen aufgebaut werden.**
 - **Umfassender Ansatz: Das NATO-Gipfeltreffen hat das Gleichgewicht zwischen zivilen und militärischen Anstrengungen betont: Es geht um „vernetzte Sicherheit“, d.h. die gegenseitige Ergänzung von Maßnahmen für den Wiederaufbau und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.**
 - **Regionales Engagement: Afghanistan kann nicht ohne Pakistan stabilisiert werden. Deshalb verstärkte Unterstützung für Pakistan, vor allem von den USA, und deshalb auch mehr Eigenverantwortung Pakistans: Die pakistanische Regierung muss konsequent gegen Extremisten vorgehen.**

>>> „In Afghanistan haben wir noch keine Erfolge vorzuweisen.“

Wirtschaft: BIP pro Kopf weiter niedrig (350 USD, 2008), aber Verdoppelung zu 2001. Seit Jahren hohes Wachstum (2008: 7,8%). Trotz der schwierigen Bedingungen können lokale Unternehmen mittlerweile mehr und mehr Waren und Dienstleistungen für den Wiederaufbau bereitstellen.

Bildung: Seit 2001 mehr als 3500 neue Schulen, über 7 Mio. Schüler (fünffach mehr als 2001), 19 Universitäten.

Gesundheit: 85% der Bevölkerung haben Zugang zu medizinischer Basisversorgung (noch 2003 nur 5%).

Pressefreiheit: mehr als 80 Radio- und Fernsehstationen, viele davon in privater Hand. Im regionalen Kontext (Zentralasien, Iran, Pakistan) vergleichsweise freie Berichterstattung.

- **Es bleibt noch viel zu tun, aber wir sollten unsere Erfolge nicht klein reden.**
- **2001 gab es keinen Staat mehr, die Menschen lebten in bitterer Armut. Heute wachsen Wohlstand und Wirtschaft jedes Jahr mit hohen Raten.**
- **2001 gab es fast keine Schulen mehr. Heute sind 7 Mio. Kinder in der Schule, 3500 neue Schulgebäude wurden gebaut.**
- **2001 gab es praktisch keine weiterführende Bildung mehr. Heute studieren mehr als 50.000 junge Menschen an 19 Universitäten, weitere 10.000 sind an Berufsschulen.**
- **2001 gab es keine Gesundheitsversorgung mehr. Heute haben 85% der Bevölkerung Zugang zu medizinischer Basisversorgung.**
- **2001 gab es fast keine Infrastruktur mehr. Heute sind 14.000 km Straßen neu gebaut oder repariert worden.**
- **2001 waren Frauen und Mädchen Menschen zweiter Klasse. Heute ist die Gleichberechtigung in der Verfassung verankert, und es gibt weibliche Parlamentsabgeordnete und Kabinettsmitglieder.**
- **2001 gab es keine freie Meinungsäußerung mehr. Heute gibt es mehr als 80 Radio- und Fernsehstationen, viele davon in privater Hand.**
- **Zu all dem hat Deutschland maßgeblich beigetragen, was auch international anerkannt wird. Unsere Soldaten und Aufbauhelfer haben unter schwierigen Umständen große Fortschritte erzielt, und diesen Weg müssen wir weiter gehen.**

>>> „Was leistet Deutschland in Afghanistan?“

Deutschland stand von Anfang an in der ersten Reihe des internationalen Engagements in Afghanistan, sowohl im zivilen wie im militärischen Bereich: Deutschland war Ausrichter der ersten Wiederaufbau-Konferenz (November 2001, Bonner Petersberg), ist der drittgrößte bilaterale Geber für den Wiederaufbau und hat das inzwischen erfolgreich etablierte Konzept der „Provincial Reconstruction Teams“ entwickelt (politisch geführter, ganzheitlicher Ansatz aus Wiederaufbau und Sicherheit; deutsche PRTs in Kunduz und Faisabad). Das Mandat der Bundeswehr gilt für die Hauptstadt Kabul und neun nördliche Provinzen (deutsches Regionalkommando); hier liegt auch der Schwerpunkt der deutschen Leistungen für den Wiederaufbau.

- **Deutschland hat sich von Anfang an sehr stark und kontinuierlich für Afghanistan engagiert, sowohl beim Wiederaufbau als auch bei der Sicherheit.**
- **Deutschland ist der drittgrößte bilaterale Geber für Afghanistan – mit insgesamt rund 1,2 Milliarden Euro. Wir konzentrieren uns dabei auf die Bereiche Energie, Trinkwasserversorgung, Wirtschaftsentwicklung und Bildung. So helfen wir dringenden Bedürfnissen, wirken zugleich aber auch langfristig.**
- **Unsere Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich auf den Norden, aber es gibt auch deutsches Engagement in anderen Landesteilen, zuletzt etwa ein Straßenbau-Projekt im Süden.**
- **Der Bundeswehr ist es gelungen, den Norden zu einer relativ stabilen und sicheren Region zu machen. Dass dies dennoch ein gefährlicher Einsatz ist, zeigen die häufigen Angriffe auf unsere Soldaten. (Bislang sind 35 deutsche Soldaten in Afghanistan gefallen.)**
- **Wichtig ist dabei auch die Ausbildung der afghanischen Armee, wo schon große Fortschritte erzielt werden konnten: Wir haben maßgeblich dazu beigetragen, dass 84.000 Soldaten neu ausgebildet wurden. Die Fähigkeiten und die Moral der afghanischen Armee werden schon jetzt hoch eingeschätzt.**
- **Beim Polizei-Aufbau hat Deutschland von Beginn an eine führende Rolle übernommen. Die Herausforderungen dabei sind groß und noch lange nicht alle überwunden: eine gute Polizei baut man nicht in wenigen Jahren auf. Aber inzwischen sind 24.000 Polizisten neu ausgebildet worden, wozu wir einen erheblichen Beitrag geleistet haben.**
- **Das deutsche Konzept der regionalen Wiederaufbau-Teams („PRT“) ist erfolgreich. Hier werden die verschiedenen Akteure (Aufbaufachkräfte, Soldaten, Ausbilder) zusammengebracht und die Anstrengungen koordiniert.**
- **Inzwischen gibt es 26 solcher PRTs in ganz Afghanistan.**

>>> „Was leistet die Bundeswehr in Afghanistan?“

ISAF: Gemäß des aktuellen Mandats für den ISAF-Einsatz der Bundeswehr (07.10.08) umfassen die Aufgaben u.a.: Sicherheitsunterstützung für afghanische Regierung, Mitwirkung an ISAF-Führung, Nothilfe zugunsten Dritter, Sicherung der Wiederaufbauhelfer, Ausbildungshilfe bei Reform des Sicherheitssektors, Verwundetentransport, Eigensicherung. Einsatzgebiet auf Regionalkommandos Nord und Kabul beschränkt, personelle Obergrenze von 4500 Mann (z.Zt. 3772 eingesetzt). Mandat (bis 13.12.09) gebunden an Mandat des UNO-Sicherheitsrats.

Tornados: 6 Flugzeuge und 200 Soldaten seit 05.04.07 in Mazar-e-Sharif, reine Aufklärungsflugzeuge, deren Luftbilder zum Lagebild der ISAF beitragen. Keine sogenannte „Feuerleitfunktion“ (mehrere Stunden zwischen Aufnahme und Auswertung).

AWACS: Rd. 100 deutsche Soldaten für vier AWACS-Flugzeuge (*Airborne Warning and Control System*), Verabschiedung des Mandats durch Bundestag am 02.07..

OEF: Die Beteiligung deutscher Soldaten am OEF-Einsatz (Operation Enduring Freedom) in Afghanistan wurde im November 2008 eingestellt.

- Die Bundeswehr hat seit 2006 die Führung des Regionalkommandos Nord. Zudem beteiligt sie sich an der Führung des ISAF-Einsatzes insgesamt.
- Dass der Einsatz im Norden alles andere als einfach ist, haben gerade die letzten Wochen gezeigt: Es gab heftige Feuergefechte, bei denen auch deutsche Gefallene zu beklagen waren.
- Mit der Schnellen Eingreiftruppe (QRF) haben wir zudem eine höchst schlagkräftige Truppe, die sich schon mehrfach bewährt hat.
- Unsere Soldaten sind in einem gefährlichen Einsatz. Aber sie sind dafür ausgebildet, sie sind richtig ausgerüstet, sie sind hochmotiviert, und sie zeigen Stärke. Klare Botschaft an Taliban und andere Aufständische: „Wer uns angreift, der wird auch bekämpft.“ (Minister Jung)
 - Die Diskussion über Ausrüstung und Taktik sollte von den verantwortlichen Fachleuten geführt werden. Sie arbeiten daran, den Einsatz stetig weiter zu optimieren. Im übrigen: Die Arbeitsteilung innerhalb der ISAF bedeutet, dass nicht jedes nationale Kontingent alle Mittel bereithalten muss.
- Die Bundeswehr schafft auch Sicherheit, indem sie Vertrauen aufbaut. Sie sucht und pflegt den engen Kontakt mit lokalen afghanischen Führern.
- Auch deshalb: Die Bundeswehr führt keinen Krieg in Afghanistan. Sie ist Partner der Afghanen im Kampf gegen Aufständische. Dazu muss sie in kriegerischen Auseinandersetzungen bestehen – als Partner der Afghanen.
- AWACS: Der Einsatz soll die Sicherheit des Luftverkehrs über Afghanistan koordinieren. Es gibt keine Unterstützung für Angriffe: dies ist politisch nicht gewollt und technisch auch gar nicht möglich.

>>> „Afghanistan: keine Demokratie, keine Menschenrechte.“

Präsident Hamid Karzai wurde am 04.12.01 zum Übergangspräsidenten ernannt; am 09.10.04 erhielt er 55% der Stimmen in den ersten freien Wahlen Afghanistans. Er wird sich voraussichtlich am 20.08.09 zur Wiederwahl stellen.

Im März/April 2009 löste ein geplantes afghanisches Ehegesetz internationale Enttäuschung aus, da dieses die Rechte der Frauen stark eingeschränkt und sie ihren Ehemännern untergeordnet hätte. Nach westlichen Protesten wurde das Gesetzesvorhaben zur Überprüfung zurückverwiesen, das nur für die schiitische Minderheit (15-20%, mit rechtlicher Sonderstellung) gegolten hätte. Präsident Karzai kündigte bei seinem Besuch in Berlin am 10.05.09 eine weitreichende Überarbeitung des Gesetzes an.

- Afghanistan wird vermutlich keine Demokratie nach westlichem Muster werden, aber es kann ein Staat werden, dessen Bürger an politischen Entscheidungen teilhaben und in dem alle dieselben Rechte haben.
- Seit 2004 gibt es eine demokratisch gewählte Regierung. Im August finden Präsidentschaftswahlen statt, die Registrierung läuft laut UNO gut.
- Menschenrechte und Gleichberechtigung der Frauen sind in der afghanischen Verfassung verankert. Deutschland hatte bei der Ausarbeitung dieser Verfassung einen wichtigen beratenden Anteil.
- Frauen dürfen wählen, es gibt Ministerinnen und weibliche Parlamentsabgeordnete. Aber Traditionen und der Einfluss von islamistischem Gedankengut sind immer noch stark.
- Westliche Unterstützer drängen die afghanische Regierung, ihre Verpflichtungen in diesem Bereich einzuhalten.
 - Beispiel Ehegesetz für schiitische Minderheit: Die Bundeskanzlerin hat hierzu mit Präsident Karzai telefoniert und bei dessen letztem Besuch in Berlin (Mai 2009) erneut auf Verbesserungen gedrängt, die Karzai daraufhin auch zugesagt hat.
- Dies zeigt auch: Unser Einsatz verschafft den Menschenrechten Gehör, und er trägt dazu bei, das Bewusstsein für Menschenrechte in Afghanistan zu verbessern.

>>> „Wir schützen in Afghanistan eine korrupte Regierung.“

Korruption wird als ein rasch wachsendes Problem gesehen: Im Index der wahrgenommenen Korruption (CPI, *Corruption Perception Index*) der Berliner NGO „Transparency International“ lag Afghanistan 2005 noch auf Rang 117 von 158 untersuchten Ländern; 2008 war es auf den viertletzten Platz abgerutscht (176 von 180). Gründe sind eine schwache Zentralregierung, das Fehlen gefestigter administrativer Strukturen und eine oft unzureichende Kontrolle bei der Mittelvergabe durch ausländische Geber. Präsident Karzai wird zwar auch von seinen Kritikern nicht der persönlichen Vorteilnahme bezichtigt, doch werfen diese ihm vor, er schütze nahe Verwandte wie z.B. seinen Bruder, die tief in die Korruption verstrickt seien.

- **Die NATO-Partner nehmen Berichte über Korruption im Verwaltungsapparat sehr ernst. Sie drängen Präsident Karzai und die afghanische Regierung zu einer wirksameren Bekämpfung dieses Problems.**
 - Die Korruption untergräbt die Wirksamkeit und die Anerkennung der neu aufzubauenden afghanischen Staatsstrukturen. Und sie bedeutet die Veruntreuung von Steuergeldern der ausländischen Geber, die dringend für den Wiederaufbau gebraucht werden.
- **Aber: Afghanistan ist ein armes Land mit schwachen Verwaltungsstrukturen, und zugleich erhält es seit einigen Jahren enorme Mittel von außen: Das schafft Versuchungen und Probleme.**
- **Deshalb stärken wir mit Programmen unserer Entwicklungszusammenarbeit auch die Fähigkeit der Verwaltung zur Korruptionsbekämpfung durch den Aufbau interner Kontrollmechanismen.**
- **Wir achten auf mehr Kontrolle bei unserer eigenen Mittelvergabe. US-Außenministerin Clinton hat es richtig gesagt: Wir müssen von uns selbst und von der afghanischen Regierung mehr Verantwortung einfordern.**
- **Inzwischen gibt es bereits erste Erfolge: In einigen afghanischen Ministerien (Finanzen, Innen) gibt es inzwischen eine „Null-Toleranz“-Politik gegenüber Korruption. Dieser Ansatz muss auf die gesamte Verwaltung ausgeweitet werden.**

>>> „Afghanistan ist ein Drogenstaat.“

Situation 2008 laut Vereinte Nationen (UNODC): Afghanistan produziert 7.700 t und damit 93% der weltweiten Opium-Ernte; der Anbau erstreckt sich auf 157.000 Hektar in 16 der 34 Provinzen; 9,8% der Bevölkerung sind in die Produktion einbezogen. Im Vergleich zu 2002 gibt es eine starke Zunahme bei Produktion (+127%), Weltmarktanteil (+19 Prozentpunkte) und Anbaufläche (+112%), aber einen Rückgang bei der Zahl der betroffenen Provinzen (-33%). Die Verbesserungen gegenüber 2007 sind zum Teil auch auf Dürre, weltweite Überproduktion und in der Folge fallende Preise zurück zu führen.

Das Mandat des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr sieht explizit keine Maßnahmen zur Drogenbekämpfung vor; dahinter steht auch die Überlegung, dass einer Armee viele der dafür erforderlichen polizeilichen Fähigkeiten fehlen. Die Bundeswehr ist deshalb bei der Drogenbekämpfung nur unterstützend tätig, während die eigentliche Bekämpfung den afghanischen Sicherheitskräften obliegt.

- **Es gibt ein großes Drogenproblem, daran ist nichts zu beschönigen.**
- **Der Drogenanbau verschlechtert die Sicherheit, denn er bringt viel Geld für Aufständische. Und er floriert besonders dort, wo die Sicherheit schlecht ist: in sieben Provinzen im Süden und Südosten. Diese Wechselwirkung zeigt aber auch: Wenn wir die Sicherheit verbessern, wird auch der Drogenanbau zurück gehen.**
- **Die NATO wird zudem ihre Unterstützung der afghanischen Drogenbekämpfung verstärken.**
- **Die internationalen Geber und Deutschland richten zugleich ihre Anstrengungen verstärkt auf die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung: Wir wollen diese fördern, um so den Drogenanbau einzudämmen.**
- **Erste Erfolge sind dabei bereits sichtbar: 2008 gab es 19% weniger Anbaufläche als 2007 und 6% weniger Produktion. 18 der 34 Provinzen sind inzwischen Opium-frei, nur noch 16 Provinzen sind betroffen – 2007 waren es noch 21.**
- **Die Bundeswehr unterstützt dabei die Drogenbekämpfung durch die afghanischen Sicherheitskräfte.**

>>> „Der Afghanistan-Einsatz ist völkerrechtlich nicht legitimiert.“

Der ISAF-Einsatz ist durch insgesamt elf Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats legitimiert, die alle ohne Gegenstimmen verabschiedet wurden: Res. 1386 (20.12.01) setzte ISAF einstimmig ein. Das Mandat wurde seither achtmal verlängert, zuletzt durch Res. 1833 (23.09.08, einstimmig) bis zum 13.10.09.. Res. 1510 (13.10.03) anerkannte einstimmig die Übernahme der ISAF-Führung durch die NATO (seit 11.08.03, auf Bitten der UNO und der afghanischen Regierung) und weitete das Mandatsgebiet auf ganz Afghanistan aus.

Der Einsatz von Truppen zur Terrorbekämpfung im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ (OEF), begonnen am 07.10.01, bezieht sich ebenfalls auf Res. 1386, darüber hinaus auf das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UNO-Charta. Deutschland ist daran von Anfang an beteiligt, seit dem 13.11.08 jedoch nur noch durch Marine-Einheiten am Horn von Afrika. Die Bundeswehr nimmt damit nicht mehr am OEF-Einsatz in Afghanistan teil.

- Der ISAF-Einsatz ist durch elf Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats völkerrechtlich legitimiert. Alle elf wurden ohne Gegenstimmen verabschiedet – auch mit Stimmen aus Asien, Afrika und Südamerika.
- Die NATO führt ISAF seit August 2003, auf Bitten der UNO und der afghanischen Regierung. Für die Führungsübernahme durch die NATO stimmten u.a. auch Russland, China, Syrien, Angola und Pakistan.
- ISAF ist kein rein westlicher Einsatz: 42 Nationen beteiligen sich, darunter Jordanien, die Ukraine und die Vereinigte Arabische Emirate.
- Der Einsatz wird darüber hinaus durch das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UNO-Charta gedeckt, auf den sich die Resolutionen des Sicherheitsrates auch ausdrücklich beziehen.
- Dieses Recht zur Selbstverteidigung kann auch kollektiv wahrgenommen werden, wie hier durch die NATO nach dem Angriff auf eines ihrer Mitglieder (Artikel 5 des Nordatlantikvertrages).
- Das Grundgesetz sieht gemäß Artikel 24 die Beteiligung der Bundeswehr an Maßnahmen der kollektiven Selbstverteidigung der NATO vor – auch außerhalb des Bündnisgebiets. Das Bundesverfassungsgericht hat dies 1994 bestätigt. (AWACS-Urteil vom 12.07.1994.)
- Auch OEF ist völkerrechtlich durch das Selbstverteidigungsrecht legitimiert.

>>> „Wie geht es weiter mit Pakistan?“

Aufgrund der durchlässigen Grenze zu Afghanistan, die zudem von den dort ansässigen Stammesgruppe kaum als Grenze angesehen wird, kommt Pakistan eine besondere Bedeutung für die Stabilisierung seines Nachbarn zu. Dies gilt umso mehr angesichts fortbestehender Vermutungen über direkte Verbindungen zwischen dem pakistanischen Geheimdienst ISI und den afghanischen Taliban.

Seit April 2009 hat die pakistanische Regierung ihr Verhalten gegenüber radikal-islamische Gruppen im eigenen Land verstärkt: nach Jahren der Duldung, angeblich sogar heimlichen Unterstützung und zuletzt eines Arrangements (Einführung der Scharia in einigen Provinzen) begann sie eine militärische Offensive, die gegenwärtig noch andauert. Derweil gehen die amerikanischen Operationen weiter, bei denen mit „Drohnen“ (unbemannte, bewaffnete Fluggeräte) Taliban- und Al-Qaida- Terroristen bekämpft werden. Aufgrund der zivilen Opfer bei diesen Angriffen und der Verletzung der Souveränität Pakistans gab es heftige öffentliche Kritik an diesen Operationen; inzwischen jedoch erfolgen diese in Abstimmung mit der pakistanischen Regierung.

Im Mai 2009 forderte der deutsche General Ramms die Ausweitung des ISAF-Mandats auf Pakistan, um so Kämpfer von Taliban und Al-Qaida bekämpfen zu können, die sich dorthin zurückgezogen haben. Ramms ist Kommandeur des „Allied Joint Force Command“ und damit Vorgesetzter des NATO-Oberbefehlshabers in Afghanistan (inzwischen US-General McChrystal).

- **Pakistan ist ein Land in der Krise, und wir müssen alles daransetzen, diese Krise zu lösen.**
 - Pakistan hat – im Guten wie im Schlechten – großen Einfluss auf die Entwicklung in Afghanistan: es gibt enge Verbindungen, die Grenze zwischen beiden Ländern ist kaum zu kontrollieren.
 - Die Rivalität zu Indien bedroht den Frieden der gesamten Region.
 - Pakistan verfügt nach Schätzungen über rund sechzig Atomwaffen.
 - Das Land wird intern durch radikal-islamische Gruppen bedroht, welche die Regierung stürzen und ihre eigene Herrschaft errichten wollen.
- **Wir müssen Pakistan helfen, Reformen umzusetzen, die zu mehr Stabilität, mehr Gerechtigkeit und einer besseren Regierungsführung verhelfen.**
- **Die Bundesregierung hat dazu ihre Entwicklungszusammenarbeit mit Pakistan nahezu verdoppelt und auf die Bereiche **Wirtschaft** (Mikrokredite, Steuerverwaltung, Politikberatung) und **Bildung** (Grundbildung, Aus- und Fortbildung) konzentriert.**
- **Eine Ausweitung des ISAF-Mandats auf Pakistan steht nicht zur Debatte. Es werden keine deutsche Soldaten nach Pakistan entsandt werden.**

>>> Anhang: Beispiele konkreter Projekte der Entwicklungszusammenarbeit

Deutsche Entwicklungs- und Aufbauarbeit verfolgt das Ziel, afghanische Eigenverantwortung und Reformen zu stärken. Dazu werden laufende Kosten des afghanischen Staates (Gehälter, Betriebs- und Wartungskosten etc.) und Investitionsprogramme finanziert. Ein besonderes Anliegen ist die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, z.B. durch Rechtsberatung und Training für Polizisten, Staatsanwälte und Richter. Weitere Element sind die Förderung der Demokratie und der Zivilgesellschaft.

Die Entwicklungs- und Aufbauarbeit engagiert sich in folgenden Schwerpunkten:

- Infrastruktur: Grundlage für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt
 - Von der Wiederherstellung und dem Aufbau der Trinkwasserversorgung in Herat, Kunduz und Kabul profitieren bisher rd. 1 Mio. Menschen. Das Programm wurde inzwischen auf den Norden (Faizabad, Imam Saheb, Balkh) ausgeweitet.
 - Nach deutscher Beratung beschloss die afghanische Regierung ein neues Wassergesetz, das auf die Stärkung der Wasserversorger abzielt.
 - Durch den Wiederaufbau des Stromnetzes von Kabul und den Bau einer Leitung aus den nördlichen Nachbarländern wurde die Stromversorgung der Städte verbessert. Die in Stand gesetzten Wasserkraftwerke Mahipar und Sarobi produzieren nun rund 1/3 des in der Provinz Kabul erzeugten Stroms.
 - Mit dem Bau von Straßen und Brücken und der Erschließung von Bewässerungs- und Anbaugebieten wurde die Wirtschaft im Norden unterstützt.
- Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe: Alternativen zum Schlafmohnanbau
 - Mit der Gründung der afghanischen Investitionsförderagentur AISA konnten bereits rd. 9.000 Investoren unterstützt werden, die Investitionen von rd. 2 Mrd. Euro und die Schaffung von ca. 370.000 Arbeitsplätzen planen.
 - Die Reform der afghanischen Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkervereinigungen in Kabul und Kunduz verbessert die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des afghanischen Privatsektors.
 - Durch den Aufbau einer Mikrofinanzbank konnten ca. 280.000 Kleinunternehmen mit Krediten über rund 130 Mio. Euro gefördert werden.
 - Mit der Wiedereinführung des Zuckerrübenanbaus und Instandsetzung einer Zuckerfabrik in Baghlan werden langfristige Existenzgrundlagen für rd. 12.000 Menschen geschaffen.
- Grund- und Berufsbildung: Neue Zukunftsperspektiven für afghanische Kinder
 - Allein durch deutsche EZ-Projekte wurden Grundschulen für rund 250.000 Schülerinnen und Schülern gebaut und bisher rd. 3.500 neue Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet. Flankiert wird dies durch die Beratung des Bildungsministeriums bei der Entwicklung von Curricula.
 - Zudem wurde die technische Schule Kabul in Stand gesetzt und ausgebaut. In Vorbereitung ist die Ausbildung von Berufsschullehrkräften insbesondere für die technischen Schulen in Kabul, Kandahar und Khost.